

Interfraktionelle Motion GFL/EVP, GB/JA!, SVP (Matthias Stürmer, EVP/Danielle Cesarov-Zaugg, GFL/Katharina Gallizzi, GB/Daniel Lehmann, SVP): Nachhaltigkeit in der neuen Digital-Strategie der Stadt Bern; Begründungsbericht

Sowohl die «E-Government-Strategie der Stadt Bern 2013 bis 2016»¹ wie auch die «ICT-Strategie 2013-2016»² der Stadt Bern sind bereits vor einem halben Jahr ausgelaufen, ohne dass der Gemeinderat zu diesen beiden wichtigen Themen Folgestrategien verabschiedet hat. Zurzeit ist der Informatiklenkungsausschuss (ILA) nun daran, die bisherigen Ergebnisse der ICT-Strategie zu analysieren und daraus abgeleitet eine überarbeitete Digital-Strategie zu schaffen. Zu relevanten Technologie-Trends wie Open Government Data, Smart City oder digitale Transformation existieren jedoch noch gar keine strategischen Anhaltspunkte, in welche Richtung der Gemeinderat die Verwaltung und die Stadt als Ganzes weiterentwickeln will. Es besteht deshalb dringender Handlungsbedarf, mittels einer neuen, ganzheitlichen Digital-Strategie die digitale Zukunft der Stadt Bern aktiv zu gestalten.

Die Stadt Bern engagiert sich in vielen Bereichen stark für die Nachhaltigkeit: Sie setzt sich beispielsweise mit der Energie- und Klimastrategie 2025 sehr für ökologische Nachhaltigkeit ein, hat als «Fair Trade Town» dieses Jahr ihr Bekenntnis zu sozialer Nachhaltigkeit erbracht und hat mit mehrfachen Aktivitäten im Bereich Open Source Software auch einen engen Bezug zu digitaler Nachhaltigkeit. Es ist deshalb wichtig und kohärent, nachhaltige Entwicklung auch in die neue Digital-Strategie der Stadt Bern einfließen zu lassen. Das bedeutet zum Beispiel, dass digitales Wissen allen Menschen zugänglich gemacht werden soll, dass in den Produktionsketten faire Arbeitsbedingungen herrschen und ökologische Standards eingehalten werden oder dass Geräte mit erneuerbarer Energie betrieben werden.

Deshalb fordern wir den Gemeinderat auf, folgende Punkte bei der Erarbeitung der neuen Digital-Strategie umzusetzen (punktweise Abstimmung):

1. Die Strategie soll die ökologischen, sozialen, ökonomischen und digitalen Zielsetzungen der nachhaltigen Entwicklung berücksichtigen.
2. Es soll die Möglichkeit geschaffen werden, dass innovative Ideen aus der Verwaltung und der Bevölkerung auf niederschwellige Art eingereicht und als Pilotprojekte umgesetzt werden können.
3. IT-Ausschreibungen sollen so vorgenommen werden, dass nicht nur ein Lieferant zugelassen ist, sondern die Beteiligung verschiedenster Anbietern möglich ist. Um dies zu erreichen sollen keine Produkt- und Herstellerbezogenen Vorgaben, sondern funktionale und nicht-funktionale Anforderungen gestellt werden.
4. Abhängigkeiten zu Technologie-Lieferanten sollen durch die Vorgabe von offenen Standards und Open Source Software (als nicht-funktionale Anforderungen) in IT-Ausschreibungen reduziert werden.
5. Die in der früheren ICT-Strategie formulierte Zielsetzung 5 «Einsatz von Open Source Produkten wird forciert» soll fortgeführt werden.

Bern, 29. Juni 2017

¹ http://www.bern.ch/mediencenter/medienmitteilungen/aktuell_ptk/2013-08-kurznachricht/downloads/egovstrategie_stadtbern_v_1_0.pdf

² http://www.bern.ch/politik-und-verwaltung/stadtverwaltung/fpi/informatikdienste/downloads/ict_strategie_2013_2016.pdf

Erstunterzeichnende: Matthias Stürmer, Danielle Cesarov-Zaugg, Katharina Gallizzi, Daniel Lehmann

Mitunterzeichnende: Lukas Gutzwiller, Michael Burkard, Bettina Jans-Troxler, Manuel C. Widmer, Stéphanie Penher, Rahel Ruch, Lea Bill, Ursina Anderegg, Franziska Grossenbacher, Eva Krattiger, Seraina Patzen, Daniel Egloff, Tabea Rai, Christa Ammann, Alexander Feuz, Roland Iseli, Luzius Theiler, Halua Pinto de Magalhães, Mohamed Abdirahim, Rithy Chheng, Lukas Meier, Johannes Wartenweiler, Bettina Stüssi, Patrizia Mordini, Benno Frauchiger

Bericht des Gemeinderats

Die Digitalisierung beeinflusst das Arbeiten und den Alltag der Menschen. Die Gewohnheiten und Bedürfnisse der Berner Bevölkerung verändern sich. Die Stadtverwaltung soll den digitalen Wandel am Puls der Bevölkerung mitgestalten und die Chancen nutzen um Bern partizipativer, inklusiver, transparenter, ressourcenschonender – und damit nachhaltiger zu machen.

Digitalstrategie

Mit der 2018 beschlossenen «Digitalstrategie Stadt Bern» verfolgt der Gemeinderat das Ziel, die durch die Digitalisierung aller Lebensbereiche bewirkten Veränderungen aktiv und verantwortlich mitzugestalten. Informations- und Kommunikationsmittel werden ein immer wichtigerer Bestandteil einer bestens funktionierenden und bedürfnisgerechten öffentlichen Infrastruktur. Dabei geht es um die Förderung der digitalen Interaktion zwischen Verwaltung und Bevölkerung, den Ausbau ressourcenschonender digitaler Dienstleistungen, aber auch darum, wie Mitarbeitende die Digitalisierung in ihrem Alltag verankern und sich untereinander besser vernetzen können. Der Gemeinderat will mittels Digitalisierungsmassnahmen die Vernetzung der Menschen und Infrastrukturen sowie Partizipation und Integration fördern.

Die Digitalstrategie schafft den Rahmen und setzt übergeordnete Ziele für Digitalisierungsmassnahmen in der Stadt für die kommenden Jahre. Dazu gehören strategische Stossrichtungen wie die Digitalisierung des Leistungsangebots der Stadt, der Aufbau von digitalen Schlüsselkompetenzen beim Personal oder die Bereitstellung von Daten als «open data». Die bisherigen Konzepte zu «E-Government» und der weitere Ausbau des digitalen Leistungsangebots sind in die neue Digitalstrategie integriert.

Die Digitalstrategie setzt bei den folgenden drei *Handlungsfeldern* an:

- Partnerinnen und Partner
- Stadtverwaltung und Mitarbeitende
- Informatik und Kommunikationsinfrastruktur

Im Handlungsfeld «Partnerinnen und Partner» geht es um die Nutzung des digitalen Wandels im Interesse der Einwohnerinnen und Einwohner sowie der Partnerinnen und Partner der Verwaltung. Im Handlungsfeld «Stadtverwaltung und Mitarbeitende» stehen der Effizienzgewinn durch Digitalisierung, neue Möglichkeiten der Vernetzung innerhalb der Verwaltung und die Weiterentwicklung der bestehenden Informatikorganisation im Fokus. Das Handlungsfeld «Informatik- und Kommunikationsinfrastruktur» widmet sich der benötigten Infrastruktur.

Daraus ergeben sich fünf übergeordnete *Ziele*:

- Mit der Digitalstrategie werden die Voraussetzungen für digitale Dienstleistungen geschaffen.
- Ressourcenschonende Interaktionen sollen über den digitalen Weg gefördert werden.

- Digitalisierung wird im Verwaltungsalltag verankert.
- Die städtische Organisation wird auf Digitalisierung ausgerichtet.
- Eine performante städtische IKT-Infrastruktur unterstützt die städtischen Digitalisierungsmassnahmen.

Digitalorganisation

Die Weiterentwicklung der Dienstleistungen im digitalen Zeitalter ist eine der zentralen Herausforderungen für die Stadtverwaltung. Die digitalen Technologien erlauben eine konsequentere Ausrichtung der städtischen Dienstleistungen auf die Bevölkerung und die Wirtschaft. Die Digitalisierung schafft deutlich einfachere (hindernisfreie) Zugänge zur öffentlichen Grundversorgung und durch Automatisierung auch neue Möglichkeiten für den Ressourceneinsatz. Die umsichtige Mitgestaltung des sogenannten «digitalen Wandels» und die damit verbundenen Fragen zur Überwindung von organisatorischen Hindernissen stellen hohe Anforderung an die verantwortlichen Stellen. Darüber hinaus sind neue Formate für die einfache interdirektionale Zusammenarbeit nötig.

Der Gemeinderat hat den bisherigen Informatiklenkungsausschuss durch die als gemeinderätliche Kommission ausgestaltete «Konferenz Digital Stadt Bern» (Digitalkonferenz, KDSB) abgelöst.

Die Konferenz Digital Stadt Bern

- erarbeitet die Digitalstrategie zuhanden des Gemeinderats und sorgt für deren Umsetzung,
- ist verantwortlich für Vorgaben zum gesamtstädtischen Informatikeinsatz, die Steuerung der Digitalinvestitionsmittel, das strategische Monitoring, Aufbau und Pflege von strategischen Vernetzungsplattformen und die Beratung des Gemeinderats in Fragen zur digitalen Transformation und
- legt Standards und Rahmenbedingungen für den Informatikeinsatz und die digitalen Kommunikationsplattformen der Stadt Bern fest.

Zu den einzelnen Punkten des Vorstosses

Zu Punkt 1:

Die «Digitalstrategie Stadt Bern» verfolgt das Ziel, die durch die Digitalisierung aller Lebensbereiche bewirkten Veränderungen aktiv und verantwortlich mitzugestalten. Sie orientiert sich namentlich an den Bedürfnissen der Bevölkerung und stellt somit den Menschen und sein Umfeld ins Zentrum. Die digitalen Technologien sollen zur zeitgemässen Entwicklung des städtischen Dienstleistungsportfolios genutzt werden. Gleichzeitig gilt es, die Chancen zu nutzen und die Stadt im Sinne der Legislaturrichtlinien und weiterer relevanter Strategien inklusiver, transparenter, ressourcenschonender – und damit nachhaltiger zu gestalten.

Zu Punkt 2:

Auf Antrag der Digitalkonferenz hat der Gemeinderat zur Förderung der interdirektionalen und interinstitutionellen Zusammenarbeit neue Formate eingeführt: In Zusammenarbeit mit BERNMOBIL, ewb, und BLS führte die Stadt im Herbst 2018 eine sogenannte «Ideation Journey» durch, mit welcher in gemischten Teams verschiedene SmartCity-Projekte angestossen wurden. Zur Förderung der interdisziplinären Zusammenarbeit hat sich der Gemeinderat am Energy Blockchain Hackaton 2018 beteiligt und ist neu gemeinsam mit BERNMOBIL und ewb am Urban Blockchain Summit 2019 beteiligt. Zudem wurde 2019 die Netzwerkarbeit verstärkt, z.B. im Rahmen der Smart Capital Region (Hauptstadtregion) oder neu im Smart City Hub Schweiz. In Zusammenarbeit mit dem Digital Impact Network und dem Impact Hub Bern fand im Generationenhaus am 3. September 2019 die erste Berner Ausgabe des Digitaltags statt. Einen ganzen Tag lang konnte sich die Bevölkerung vom gemeinsamen Engagement der Stadtverwaltung mit ihren Partnerbetrieben in einer digitalisierten Welt

überzeugen: Rund 7 600 Personen tauchten in die interaktiven Lebenswelten im Generationenhaus ein und erlebten hautnah, was die Digitalisierung konkret für die Stadt Bern bedeuten kann. Dabei informierten Mitarbeitende und Lernende der Stadt Interessierte u.a. über die mit ewb, BERNMOBIL und BLS erarbeiteten Innovationsprojekte, aber auch über städtische Grossprojekte wie Base4Kids. Die weitere Umsetzung der Digitalstrategie soll in nächster Zeit auf der Website der Stadt Bern (bern.ch/digital) dokumentiert werden.

Zu Punkt 3 bis 5:

Mit SRB Nr. 2019-402 vom 13. Juni 2019 hat der Stadtrat den Bericht «Potenzialanalyse Open Source Software (POTOSS)» zur Kenntnis genommen. Darin hat sich der Gemeinderat umfassend mit der offenen Beschaffung und dem Einsatz von Open Source Software auseinandergesetzt und dem Stadtrat Bericht erstattet. Zusammenfassend stellt der Gemeinderat fest, dass ein wirtschaftlich sinnvoller Betrieb durch einen vollständigen Umstieg auf Open Source Software heute nicht möglich ist. Vielmehr sollen die städtischen ID der Mischbetrieb bleiben, der sie bereits heute auszeichnet. Es gibt zwei Gründe für dieses Fazit. Einerseits die fehlenden Eigenschaften der Alternativen, andererseits die enge Kopplung der Komponenten, die – analog eines Uhrwerks – untereinander kompatibel und aufeinander abgestimmt sein müssen. Eine ICT-Infrastruktur wie jene der Stadtverwaltung besteht aus Tausenden von Komponenten, die ineinandergreifen und korrespondieren müssen. In allen untersuchten Bereichen wurde eine enge Koppelung zwischen Applikation, Datenformat, Betriebssystem und Client-Virtualisierung festgestellt. Jede Änderung an einer Komponente beeinflusst auch die anderen. Oft ist zudem eine Applikation nur für eine bestimmte Plattform verfügbar.

Vor diesem Hintergrund und gestützt auf den Expertenbericht ist es zum heutigen Zeitpunkt weder sinnvoll noch zweckmässig, die im Einsatz stehenden, proprietären Produkte vollständig durch OSS-Produkte abzulösen. Jedoch soll durch drei Massnahmen die Grundlage geschaffen werden, um in Zukunft noch stärker auf Open-Source-Lösungen zu setzen. Zum einen, da davon auszugehen ist, dass sich die Marktsituation weiterhin ändert und in Zukunft tauglichere und kompatiblere OSS-Produkte verfügbar sein werden. Zum anderen soll OSS in den Kriterienkatalog von Beschaffungen aufgenommen werden, um Open Source stärker Rechnung zu tragen. Die drei Massnahmen sind:

- *Massnahme 1:* Bei der Beschaffung von künftigen Fachanwendungen – sei es eine Neubeschaffung oder muss eine bestehende Plattform oder Software erneuert werden – ist auf eine hohe Plattformunabhängigkeit zu achten.
- *Massnahme 2:* Individuell entwickelte Fachanwendungen (Eigenentwicklungen) sind als OSS zu entwickeln bzw. entwickeln zu lassen; der Source Code ist im Internet zu publizieren. Die Zusammenarbeit auf Ebene Gemeinden, mit dem Kanton Bern und dem Bund wird verstärkt.
- *Massnahme 3:* Mit der schrittweisen Etablierung von offenen Datenformaten soll die Unabhängigkeit der Stadt Bern hinsichtlich künftiger Entwicklung gestärkt werden. Die Digitalkonferenz legt dem Gemeinderat bis Ende 2020 eine Auslegeordnung mit möglichen Umsetzungsmassnahmen vor.

Bern, 16. Oktober 2019

Der Gemeinderat